

# RP:2014-11-02 - Protokoll LMV 2014.3

Aus Piratenwiki

Protokoll des Landesparteitags LMV2014.3 am 2. November 2014 in Koblenz, Bauern- und Winzerverband Rheinland-Nassau e.V.

## Inhaltsverzeichnis

- 1 Protokoll zur Landesmitgliederversammlung 2014.3
  - 1.1 Parteitagspräsidium
  - 1.2 Tagesordnung
    - 1.2.1 gemäß Einladung
    - 1.2.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung
    - 1.2.3 beschlossene Tagesordnung
  - 1.3 Geschäftsordnung
  - 1.4 Genehmigung des vorhergehenden Protokolls
  - 1.5 Tätigkeitsberichte
    - 1.5.1 Klaus Brand (Vorstandsvorsitzender)
    - 1.5.2 Claudia Frick (Stellvertretende Vorsitzende, zurückgetreten)
    - 1.5.3 Ingo Höft (Generalsekretär)
    - 1.5.4 Martin Matheis (Schatzmeister)
    - 1.5.5 Sebastian Degenhardt (Politischer Geschäftsführer, zurückgetreten)
    - 1.5.6 Christine Knieriemen (Beisitzerin, zurückgetreten)
    - 1.5.7 Jürgen Grothof (Beisitzer)
    - 1.5.8 Thomas Marc Göbel (Landesdatenschutzbeauftragter)
    - 1.5.9 Bericht des Landesfinanzausschusses
  - 1.6 Beschlussprotokoll
    - 1.6.1 Satzungsanträge (in der Reihenfolge ihrer Behandlung)
      - 1.6.1.1 2014.4/009
      - 1.6.1.2 2014.4/001
      - 1.6.1.3 2014.4/002
      - 1.6.1.4 2014.4/004
      - 1.6.1.5 2014.4/006
      - 1.6.1.6 2014.4/008
      - 1.6.1.7 2014.4/010
      - 1.6.1.8 2014.4/011
    - 1.6.2 Grundsatzprogrammanträge
      - 1.6.2.1 2014.2/002 in Konkurrenz zu 2014.2/003
      - 1.6.2.2 2014.4/003
    - 1.6.3 Wahlprogrammantrag
      - 1.6.3.1 2014.4/012
    - 1.6.4 Sonstiger Antrag
      - 1.6.4.1 2014.4/007
  - 1.7 Wahlprotokoll
    - 1.7.1 Nachwahl des Stellvertretenden Vorsitzenden
    - 1.7.2 Nachwahl des Politischen Geschäftsführers
    - 1.7.3 Nachwahl der Beisitzer

## Protokoll zur Landesmitgliederversammlung 2014.3

Beschluss- und Wahlprotokoll gemäß §4.1 (9) der Landessatzung.

**Ort:** Bauern- und Winzerverband Rheinland-Nassau e. V., Karl-Tesche-Straße 3, 56073 Koblenz-Raurental

**Eröffnung:** 02.11.2014, 10:26 Uhr

**Schließung:** 02.11.2014, 16:40 Uhr

## Parteitagspräsidium

Versammlungsleitung: Stephan Kornberger, Thomas Marc Göbel

Wahlleitung: Lars Matti

Protokollführung: Sebastian Degenhardt, Xander Dorn

Wahlhelfer: Christian, Thianna

Die Versammlungsleitung wurde ohne Gegenstimme, das restliche Parteitagspräsidium sowie die Protokollführung bei zwei Enthaltungen gewählt. Die Wahlhelfer wurden vom Wahlleiter ernannt.

## Tagesordnung

### gemäß Einladung

1. Eröffnung der Versammlung und Vorstellung der Tagesordnung
2. Wahl des Parteitagspräsidiums
3. Abstimmung der Tagesordnung
4. Genehmigung des vorhergehenden Protokolls
5. Tätigkeitsbericht der Vorstandsmitglieder
6. Bericht des Landesfinanzausschusses
7. Nachwahl der zurückgetretenen Vorstandsmitglieder (z.Zt. Stellvertr. Vorsitzender, Politischer Geschäftsführer, Beisitzer)
  1. Aufstellung der Kandidaten
  2. Vorstellung der Kandidaten
  3. Nachwahl der zurückgetretenen Vorstandsmitglieder
8. Beschluss über Satzungsänderungsanträge
9. Beschluss über Programmänderungsanträge
10. Beschluss über sonstige Anträge
11. Sonstiges

### Änderungsanträge zur Tagesordnung

#### Vorrangige Behandlung des Antrages 2014.4/007

##### Text

Antrag 2014.4/007 wird vor den Satzungsanträgen behandelt.

##### Begründung

Dieser Antrag soll vorgezogen werden, für den Fall, dass die Zeit nicht ausreicht.

##### Antragsteller

StopSecret

##### Abstimmung

offen

##### Ergebnis



#### Vorrangige Behandlung des Antrages 2014.4/009

##### Text

Antrag 2014.4/009 wird vor der Nachwahl der Vorstandsämter behandelt.

**Begründung**

Dieser Antrag soll vorgezogen werden, da er für die Kandidaturentscheidung der Kandidierenden relevant sein könnte.

**Antragsteller**

Jürgen Grothof

**Abstimmung**

offen

**Ergebnis**



**Vorrangige Behandlung des Antrages 2014.4/001**

**Text**

Hiermit mit bitte ich die LMV folgende Änderung der Tagesordnung zu beschließen:

Der Satzungsänderungsantrag 2014.4/001 - Teilstreichung Satzung §4.2 (2a) - soll vor dem Tagesordnungspunkt „Nachwahl Beisitzer“ diskutiert und abgestimmt werden.

**Begründung**

Wir können dann event. auch nur einen Beisitzer wählen.

**Antragsteller**

Jürgen Grothof

**Abstimmung**

offen

**Ergebnis**

Es handelt sich um eine Nachwahl und bei der Wahl in Kirchheimbolanden wurden zwei Beisitzer festgelegt.



**beschlossene Tagesordnung**

1. Eröffnung der Versammlung und Vorstellung der Tagesordnung
2. Wahl des Parteitagspräsidiums
3. Abstimmung der Tagesordnung
4. Genehmigung des vorhergehenden Protokolls
5. Tätigkeitsbericht der Vorstandsmitglieder
6. Bericht des Landesfinanzausschusses
7. Beschluss über Antrag 2014.4/009
8. Nachwahl der zurückgetretenen Vorstandsmitglieder (z.Zt. Stellvertr. Vorsitzender, Politischer Geschäftsführer, Beisitzer)
  1. Aufstellung der Kandidaten

2. Vorstellung der Kandidaten
3. Nachwahl der zurückgetretenen Vorstandsmitglieder
9. Beschluss über Antrag 2014.4/007
10. Beschluss über Satzungsänderungsanträge
11. Beschluss über Programmänderungsanträge
12. Beschluss über sonstige Anträge
13. Sonstiges

## Geschäftsordnung

**Abgestimmte GO:** Version vom 31.10.2014

### Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung

#### Kennzeichnung von Stimmzetteln

##### Text

Die Versammlung möge beschließen, die Geschäftsordnung der LMV anzupassen, um geeignete Wahlzettel flexibel nutzen zu können.

Konkret soll das Kapitel Wahlordnung, Abschnitt Abstimmungen über allgemeine Anträge

*(1) Bei einer geheimen Abstimmungen wird mit einem nummerierten Stimmzettel gewählt. Die Nummer wird durch den Wahlleiter bekannt gegeben.*

abgeändert zu:

*(1) Bei einer geheimen Abstimmungen wird mit einem für jeden Wahlgang unterschiedlich gekennzeichneten Stimmzettel gewählt. Die Kennzeichnung wird durch den Wahlleiter bekannt gegeben.*

##### Begründung

Das Verfahren kommt gleichermaßen bei Personenwahlen zu tragen.

Die Gelegenheiten, bei denen wir mit den berüchtigten Standardstimmzetteln wählen, werden zum Glück seltener. Auf diesen sind für die Kandidaten nur Nummern aufgeführt und zu jeder Wahl muss die Nummer den richtigen Kandidaten zugeordnet werden.

Schon mit Standardstimmzetteln kommen wir in Schwierigkeiten, da oft vom Wahlleiter nur die Farbmarkierung bekannt gegeben wird ("jetzt der rote Stimmzettel").

Moderne Wahlzettel tragen tatsächlich die Namen der Kandidaten, sind aber üblicherweise nicht mit Nummern versehen, sondern mit der genauen Bezeichnung des Wahlganges ("Wahl zum Beisitzer/ zur Beisitzerin, 1. Wahlgang").

Die Neuformulierung ändert nichts an Sinn und Bedeutung der Regel. Weiterhin ist es nicht möglich, den Stimmzettel eines anderen Wahlganges mißbräuchlich zu verwenden. Der Wahlleiter hat aber somit mehr Möglichkeiten, einen Wahlgang barrierefreier zu gestalten.

##### Antragsteller

Till

##### Abstimmung

offen

##### Ergebnis

ohne Gegenstimme



#### Bugfix Versammlungsleitung

## Text

Die Versammlung möge beschließen, die GO wie folgt zu ändern.

Alt:

(1) Der Landesparteitag wählt zu Beginn der Versammlung ein Parteitagspräsidium nach Maßgabe der Satzung. Bis zu diesem Zeitpunkt nimmt der Landesvorstand die Aufgaben des Parteitagspräsidiums wahr.

(2) Die Versammlung bestimmt durch einfachen Beschluß die Anzahl der Mitglieder des Parteitagspräsidiums.

(3) Das Parteitagspräsidium verteilt die ihm obliegenden Aufgaben selbstverantwortlich unter seinen Mitgliedern.

Neu:

(1) Der Landesparteitag wählt zu Beginn der Versammlung ein Parteitagspräsidium nach Maßgabe der Satzung. Bis zu diesem Zeitpunkt nimmt der Landesvorstand die Aufgaben des Parteitagspräsidiums wahr.

(2) Die Versammlung wählt einen Versammlungsleiter, wie es gem. § 7 VG erforderlich ist.

(3) Die Versammlung wählt Mitglieder des Präsidiums. Der gewählte Versammlungsleiter kann ein Team für das Präsidium vorschlagen. Der Versammlung obliegt die Abstimmung über das Team im Gesamten oder über einzelne Mitglieder des Präsidiums.

(4) Der Versammlungsleiter verteilt die Aufgaben innerhalb des Präsidiums.

## Begründung

Link oder Begründung

## Antragsteller

Thomas Marc Göbel

## Abstimmung

offen

## Ergebnis

einstimmig



## Genehmigung des vorhergehenden Protokolls

Das Protokoll der Landesmitgliederversammlung 2014.2 wurde bei einer Gegenstimme genehmigt.

## Tätigkeitsberichte

### Klaus Brand (Vorstandsvorsitzender)

mündlicher Rechenschaftsbericht

### Claudia Frick (Stellvertretende Vorsitzende, zurückgetreten)

nicht anwesend, kein Rechenschaftsbericht vorgelegt

### Ingo Höft (Generalsekretär)

#### 1. Allg. Tätigkeiten

Was habe ich in den zurückliegenden 5+1/2 Monaten als Generalsekretär gemacht? Wenig spektakuläres: Mitgliederverwaltung eben. Wobei der Anfang situationsbedingt nicht sehr einfach war. An dieser Stelle sei nochmal ein herzlicher Dank an Mathias Koster gerichtet, der uns damals durch sein Engagement eine fortlaufende Mitgliederbetreuung sicherte. Er war über Wochen der Einzige, der Zugang zu den Mitgliedsdaten hatte.

## **2. Daten in Datenbank**

Viel Zeit habe ich auch aufgewendet, die Mitgliederdaten zu vervollständigen und konsistent zu machen. Dazu hatte ich mir anfangs die Mitgliedsdaten in eine Excel-Tabelle herunter geladen, bin dann aber bei den Auswertungen schnell an Grenzen gestossen. Deshalb habe ich die Daten mal in eine Datenbank gestellt, um effektiv arbeiten zu können. Das Ergebnis ist u.a. mit großem Abstand eine Zahlerquote von 85 % in Rheinland-Pfalz, natürlich auch aufbauend auf die Arbeit meines Vorgängers. Damit steht Rheinland-Pfalz bundesweit einsam an der Spitze. Die Datenhaltung ist übrigens nach allen Regeln des Datenschutzes auditiert, weil ich mich dem Vorwurf unsicherer Datenhaltung nicht aussetzen wollte.

Dabei hat sich schnell ergeben, dass man einiges verbessern könnte am bestehenden Mitgliederverwaltungsprogramm. Ich habe mich dann vor gut 2 Monaten entschlossen, tatsächlich mit der Programmierung einer neuen Datenverwaltung zu beginnen. Ich nenne das die Pirtatendatei. Zunächst fand das in der Bundesverwaltung wenig Zustimmung, konnte dann aber doch einige überzeugen, doch mal was vorzuzeigen, wenn es was vorzeigbares gibt. Ich arbeite daran. Dabei kommen dann solche Kuriositäten zu stande, dass ich Verwaltungsdaten von der OpenData Plattform im Internet der Landesregierung ziehen wollte und meine Kritik daran per Twitter in der Tagespresse Erwähnung findet.

Dass mir dafür etwas Zeit bleibt, das habe ich auch Manuel Biertz zu verdanken. Manuel ist ja beauftragt und unterstützt die Mitgliederverwaltung und das echt super. Also an dieser Stelle einen recht herzlichen Dank an Manuel für Unterstützung und seine wertvollen Anregungen.

## **3. Organstreitverfahren**

Dann möchte ich noch ein paar Worte zum laufenden Organstreitverfahren verlieren. Das Verfahren läuft ja seit Anfang des Jahres in Kombination mit der Verfassungsbeschwerde gegen die Ausweisung des Geschlechts in den Wahlunterlagen. In der Verfassungsbeschwerde hatten wir ja vollen Erfolg, allerdings formal nicht als Partei, sondern als Beschwerde von einzelnen Parteimitgliedern. Die geplanten Stimmzettel zur Kommunalwahl mit Hinweisen zum Geschlecht wurden sogar in einer einstweiligen Anordnung für ungültig erklärt. Als Partei war diese Beschwerde allerdings unzulässig. Dafür beanstanden wir nun als Partei die Geschlechterangaben im Vorfeld der Wahl, also bei den Aufstellungsversammlungen und den Veröffentlichungen dazu in einem sogenannten Organstreitverfahren.

Der Termin für eine öffentliche Verhandlung wurde jetzt auf dem 14. Dezember vor dem Landesverfassungsgericht festgelegt. Nachdem das Verfassungsgericht den Termin am Freitag in einer Pressemeldung bekannt gegeben hat, kommt Bewegung in die Angelegenheit, die Presse interessiert sich und der Vorstand bereitet sich für eine Vertretung bei Gericht vor.

## **4. Ausblick**

Zusammenarbeit mit KVs, Zugriff auf Mitgliederdaten u. Unterlagen u. Anträge in den KVs. Workflows im OTRS optimieren, vor allem bezügl. Beitragsminderungen.

## **Martin Matheis (Schatzmeister)**

mündlicher Rechenschaftsbericht:

"Ich habe mich um das Finanzielle gekümmert. Die Details kommen gleich im Bericht des Landesfinanzausschuss."

## **Sebastian Degenhardt (Politischer Geschäftsführer, zurückgetreten)**

Meine Arbeit im Vorstand beschränkte sich auf die Teilnahme an den Vorstands- und PolGef-Sitzungen. Bei ersteren habe ich meistens protokolliert mit Unterstützung von Tine.

Gemäß der Vorstandsgeschäftsordnung war ich zuständig für:

- Die Koordination der inhaltlichen Arbeit
- Koordination und Unterstützung der programmatischen Arbeitsgruppen
- Koordination von politischen Aktionen

Hier gab es nichts zu koordinieren. (Siehe Rücktrittsgründe)

- Kontakt zu NGOs, Parteien, Stiftungen und Jugendverbänden inkl. der Jungen Piraten, zusammen mit dem Vorsitzenden

Aufgrund der fehlenden Aktivität war mir nicht klar, mit welchen Gruppierungen ich mich gezielt vernetzen sollte.

Es kam zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit der Giordano-Bruno-Stiftung, der LINKEN und den Säkularen Grünen in Mainz, die in einer gemeinsamen Aktion gegen Diskriminierung von Arbeitnehmern in kirchlichen Einrichtungen mündete.

Die Zuständigkeit für die Jungen Piraten habe ich an Matthias Koster übertragen.

- Inhaltliche Vorbereitung der Landesparteitage

Ich habe mich um die Antragsverwaltung sowie die Durchführung der SDMV gekümmert.

- Nachbereitende Dokumentation der Landesparteitags-Protokolle

Große Teile des vorherigen LMV-Protokolls sind verloren gegangen. Ich habe mich mit Thomas Marc Göbel um die Rekonstruktion bemüht.

- Vertretung des Landesgeneralsekretärs

Hier habe ich mich auf die Verwaltung und Durchführung der SDMV-Beschränkt. Ingo, Manuel und Matthias waren ein super eingespieltes Team, bei dem ich keinen Bedarf sah, mich einzumischen.

### **Gründe für meinen Rücktritt**

Das von mir angestrebte Konzept der Reaktivierung des Landesverbandes durch Förderung des piratigen Mandates, fand im Vorstandstand keine Mehrheit. Viel mehr wurde von mir erwartet, dass ich mich bei meiner Arbeit an den Vorgaben des Besitzers orientieren soll, obwohl er mit seinem Konzept bei der PolGef-Wahl keine Mehrheit gefunden hatte. Bemühungen meinerseits, Anfragen von Piraten zur Reaktivierung von AGs umzusetzen (beispielsweise im Bereich Bauen und Verkehr), wurden als "Fakten schaffen" kritisiert.

Ich habe darauf hin versucht, mich so gut es ging in das Vorstandsteam einzufügen und das dort mehrheitsfähige Konzept mitzutragen. Allerdings hatte und habe ich nicht den Eindruck, dass das Top-Down-Vorgehen (Vorgabe des Wahlkampfkonzeptes durch ein einzelnes Vorstandsmitglied, Installation eines Forums auf einem Parteiserver ohne vorherige Genehmigung durch die Basis, etc.) auf eine breite Mehrheit trifft.

Die ersten 100 Tage im Amt waren geprägt von Stagnation. Die LimeSurvey-Umfrage (danke an MadDoc für seine Arbeit) brachte dann Themen hervor, für die sich kaum Piraten fanden, die sie bearbeiten wollten. Lediglich beim Barcamp in Ludwigshafen (auch hier danke an die Orga!) kam so etwas wie Arbeitseifer auf. Seitdem ruht wieder alles.

Dieses Abwarten und die Stagnation, gepaart mit der zunehmenden Erwartungshaltung, der Vorstand möge sich als Mailinglistenmoderator und Schiedsgericht betätigen, haben mir zuletzt jeglichen Rest an Motivation entzogen. Ich trage den Top-Down-Kurs des Landesvorstandes nicht mit und sehe darin auch eine Abkehr von den piratigen Grundwerten. Hinzu kommt, dass sich viel in meinem Privatleben verhandelt hat und verändern wird, sodass ich mir überlegen muss, welchen Aktivitäten ich die höhere Priorität einräume. Daher habe ich die Konsequenzen gezogen und bin am 21.09.2014 zurückgetreten.

Ich wünsche dem neuen Vorstand alles Gute und viel Erfolg. Insbesondere denjenigen, die für die piratigen Grundwerte einstehen. Das bedeutet für mich Plattformneutralität, Basisdemokratie und Selbstorganisation.

Bei allen Differenzen möchte ich betonen, dass ich mit niemandem im Landesvorstand im Streit auseinander gehe. Wir sind unterschiedliche Charaktere mit verschiedenen Vorstellungen und Zielen. Das schätze und respektiere ich. In dieser Kombination hat es eben nicht funktioniert.

LG Sebastian

## **Christine Knieriemen (Beisitzerin, zurückgetreten)**

Der folgende Rechenschaftsbericht wurde im Vorfeld schriftlich abgegeben:

Hallo ihr Lieben,

es tut mir sehr leid, dass ich nicht persönlich anwesend sein kann. Deswegen gibt es meinen Rechenschaftsbericht auf diesem Weg.

Ihr habt mich am 11.05.2014 in Kirchheimbolanden als Beisitzerin in den Landesvorstand gewählt. Dort war ich bis zu meinem Rücktritt am 21.09.2014 tätig. In diesen ca. 4 Monaten habe ich mich wie folgt eingebracht:

- Ich habe an den 9 Landesvorstandssitzungen teilgenommen (was eigentlich selbstverständlich ist) und die Mumble-Sitzungen aufgezeichnet und als Audio-File für das Protokoll zur Verfügung gestellt.
- Das Barcamp am 27.07.2014 habe ich inhaltlich mit gestaltet, begleitet und evaluiert.
- Auf Anregung von Klaus habe ich die ersten Schritte unternommen, dass in RLP ein Tor-Exit-Node installiert wird. Hier auch nochmals vielen lieben Dank an Thorsten und Kevin, die diese Schritte mit begleitet haben.
- In diesem Zusammenhang habe ich in der Servicegruppe innerparteiliche Bildung eine Zusammenarbeit bezüglich Schulungen zu Tor-Exit-Nodes und zur Nutzung des Tor-Browsers initiiert.
- Des Weiteren habe ich, wie im Protokoll vom 17.08.2014 nachzulesen ist, angeregt einen Providerwechsel zu prüfen.
- In das Strategie-Team habe ich mich nach bestem Wissen und Gewissen eingebracht.
- Ich habe Anregungen und Anträge aus dem OTRS in die Vorstandssitzungen aufgenommen.
- Für Mediationen habe ich mich angeboten und auch einige durchgeführt.

Insgesamt habe ich versucht konstruktiv und effektiv im Landsvorstand mitzuwirken. Leider konnte ich nicht alles, was ich mir vorgenommen habe umsetzen, was teilweise auch der Kürze der Zeit geschuldet war.

### **Zu meinem Rücktritt**

Es gab ein paar Veränderungen, auch beruflicher Natur, die es mir leider nicht mehr gestattet haben, mich in der nötigen Intensität in die Partei- und Vorstandsarbeit einzubringen. Nachdem abzusehen war, dass ich mindestens das nächste halbe bis Dreivierteljahr nicht mehr zur Verfügung stehe, hatte ich unverzüglich den Vorstand informiert und bin zu gegebener Zeit zurückgetreten. Es wäre illoyal gewesen meinen Beisitzerposten weiterhin zu behalten, ohne die nötige Arbeit leisten zu können. Auch denjenigen gegenüber, die mich in das Amt gewählt haben, hätte ich es als Vertrauensbruch empfunden. Leider war die Entwicklung nicht abzusehen, sonst hätte ich mich definitiv gar nicht erst zur Wahl gestellt.

Ich habe mich in diesem Vorstand sehr wohl gefühlt und danke allen Mitstreitern für die gute Zusammenarbeit. Dem neuen Vorstand wünsche ich viel Glück und ein konstruktives Miteinander. Ihr werdet mir sehr fehlen, persönlich ebenso, wie im politischen Diskurs.

Wie die aktuellen Themen zeigen sind die Piraten wichtiger denn je und ich wünsche uns allen das nötige Geschick, das Piratenschiff wieder auf Kurs zu bringen. Ich bedanke mich bei allen für das entgegengebrachte Vertrauen und freue mich auf ein Wiedersehen in ruhigeren Gewässern.

Viele liebe Grüße

Tikky

## **Jürgen Grothof (Beisitzer)**

### **Allgemein:**

- LaVo Sitzungen
- Vorbereitung Barcamp
- Vorbereitung / Orga LMV
- Vernetzung Bund
- intransparente Telefonate

### **Mai**



- Vorbereitung EU- und Kommunalwahl mit der SG Wahlen
- 11 Mai - LMV Kirchheimbolanden
- 16 Mai - konstituierende Sitzung - LGS Mainz
  - GO-Erstellung, Hauptziele der politischen Tätigkeit, Vernetzung
- 28.05.2014 Am Treffen von "Recht auf Stadt" in der FH Koblenz teilgenommen.
  - Vernetzung mit NGO und Parteien in Koblenz, Diskussion Flüchtlingsproblematik
- mehrere Infostände (auch Abends) und plakatieren für EU-Wahlkampf

## **Juni**

- 14. + 15. Juni 2014 Vernetzungstreffen "Wahlen" in der LGS Frankfurt
  - Gründungstreffen der SG Wahlen im Bund
    - Hier das Konzept "MindMap" aus RLP vorgestellt und die Projektarbeit allgemein.
      - <http://www.xmind.net/m/Ea7x/>
- 26.-30.06. Mithilfe Auf- Abbau aBPT in Halle. Während BPT Betreuung im Pressebereich.

## **Juli**

- 06.07.2014 Teilnahme und Orga Vorbereitungstreffen Barcamp in LGS Mainz
  - Erklärung Projektplanung
    - <http://www.piraten-rlp.de/forum/download/file.php?id=4>
- 27.07.2014 Barcamp14.2 Slot: Erklärung Projektplan

## **August**

- 03.08.2014 "Freiraum Koblenz" Besuch Sommerfest
  - mit Vernetzung NGO
- 07.08.2014 Teilnahme am Infostand Mehr Demokratie.de in Neuwied
  - Unterschriften sammeln TTIP
- 08 u 09.08.2014 Piratencamp Rheinwiesen bei Rhein in Flammen Koblenz
  - Orga Aufbau
- 16.08.2014 CSD Koblenz 2014 - Infostand
- 22.08.2014 Verifizierungspirat für RLP BEO (Basisentscheid Online)
  - Habe mich klar dafür ausgesprochen dass wir auch in RLP für BEO verifizieren, nicht weil ich das Konzept BEO so gut finde, sondern weil ich denke dass wir als LAVo jedem Mitglied die Möglichkeit zur Teilnahme geben müssen.
- 26.08.2014 Verifizierungsschulung für BEO mit BundesGenSek
- 30.08.2014 Ahoi-Sause in Mülheim-Kärlich
  - Organisation und Durchführung

## **September**

- 18.09.2014 Teilnahme SDMV als Abstimmungshelfer
- 28.09.2014 Teilnahme Barcamp in Ludwigshafen.
  - administrative Orga und Slot
    - Erklärung Vorbereitung LTW16 in Kurzform

## **Oktober**

- 02.10.2014 Stadtratsitzung Koblenz.
  - Gespräche mit Grünen gemeinsamen Aktionen/Gespräche/Zusammenarbeit insb. auch Flüchtlingsproblematik in Koblenz.
- 11.10.2014 LGS Mainz - Teilnahme am Strategietreffen Öffentlichkeitsarbeit
- 14.10.2014 Besuch Stammtisch Montabaur
  - mit Verifizierung zum BEO.

Bericht wird (relativ) aktuell angepasst und ist **HIER** zu finden.

## **Thomas Marc Göbel (Landesdatenschutzbeauftragter)**

- 42 Landespiraten haben seit der letzten Landesmitgliederversammlung eine Datenschuttschulung erhalten.
- Des Weiteren gab es 6 gemeldete Fälle, 5 Anfragen, 3 Audits und eine Stellungnahme zu einem Datenschutzfall.

## **Bericht des Landesfinanzausschusses**

Zeit: 29.10.2014, 20.41 Uhr- 21.33 Uhr

Ort: Mumble NRW, Raum Landesfinanzausschuss

anwesend:

- Martin Matheis, Landesschatzmeister
- Harald Gündling, Rhein-Pfalz
- Jürgen Grothof, KV Koblenz (Vertretung lt. Beschluss)
- Brigitte Haferkamp, KV Mittelhaardt

nicht anwesend:

- Martin Haus, KV Trier/Trier-Saarburg (entschuldigt)
- Ivo Dubiel, KV Ahrweiler (unentschuldigt)
- Thomas Kemblowski, KV Altenkirchen (unentschuldigt)
- Jan Sören Kleebach, KV Rheinhessen (unentschuldigt)
- Sebastian Moor, KV Südpfalz (unentschuldigt)
- Bernhard Furch, KV Worms (unentschuldigt)

Gäste:

- Marie

### **TOP 1 Organisatorisches**

Versammlungsleitung: Martin Matheis

Protokoll: Gemeinsam

Vorheriges Protokoll: [https://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/4/46/RP-2014-04-29-Protokoll\\_LFA.pdf](https://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/4/46/RP-2014-04-29-Protokoll_LFA.pdf)

**TOP 2 Stand Rechenschaftsbericht 2013** RLP ist fertig, sobald alle LVs komplett sind bekommen die Kreisschatzmeister ihren Rechenschaftsbericht per Post zugeschickt und sollen ihn schnellstmöglich unterschrieben zurückschicken.

### **TOP 3 Finanzplanung des Landesverbands und der Kreisverbände**

- LV RLP: <https://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/a/af/2014-10-15HaushaltsstatusRLP.pdf>
- KV Trier/Trier-Saarburg: siehe Mail auf RLP-Verwaltungsliste vom 19.10. 21:23 Uhr
- KV Koblenz/Myk - Kontoübersicht: [http://wiki.piratenpartei.de/RP:Kreisverband\\_Koblenz/Kontouebersicht](http://wiki.piratenpartei.de/RP:Kreisverband_Koblenz/Kontouebersicht)
- KV Rhein-Pfalz, Barkasse: rd. 50.- EUR, Konto rd. 6650.- EUR
- KV Mittelhaardt, bar €56, Konto €4775. Finanzplan: [http://wiki.piratenpartei.de/Datei:2014\\_05\\_13\\_PP\\_MH\\_Finanzplan\\_2014.pdf](http://wiki.piratenpartei.de/Datei:2014_05_13_PP_MH_Finanzplan_2014.pdf)

**TOP 4 Finanzausgleich zwischen Untergliederungen** Beschluss: An einem Finanzausgleich zwischen den Gliederungen besteht zur Zeit kein Bedarf.

Dafür: Jürgen, Brigitte, Harald, Martin

Dagegen:

Enthaltung:

Ergebnis: angenommen

### **TOP 5 Bericht vom bundesweiten Verwaltungstreffen**

- demnächst Neustart des PShop
- Möglichkeit Buchhaltung vom Bund erledigen lassen: erste 5 Stunden kostenlos, danach 25€/Stunde
- häufiger Schatzmeister-Fail: Spenden an Vereine = verboten!
  - Wenn dann muss eine Gegenleistung vorhanden sein (Infostand; Werbung, etc)

Protokoll: <https://gensek2014.piratenpad.de/vw142?>

**TOP 6 Fragen zur Buchhaltung** Alles über BeSager buchen, dann Liste an Martin und Kopien der Beleg bitte per Post an Martin.

## TOP 7 Sonstiges

- Haushaltsplan LV - Budget für LGS überprüfen.
  - Miete / Reisekosten / Veranstaltungsbudget

nächste LFA-Sitzung Anfang Januar, Themen: Haushaltsplan LV, Rechenschaftsberichte 2014

- Fragen zur Wahlkampfveranstaltung KV Rhein-Pfalz - wird geklärt
- Fragen zum Barcamp/Kosten Ludwigshafen - wird gemacht wenn Rechnung kommt.

Bericht auf LPT: Martin

## Beschlussprotokoll

### Satzungsanträge (in der Reihenfolge ihrer Behandlung)

#### 2014.4/009

##### Wortlaut:

Die LMV möge beschließen, den Antragstext aus der Satzung §2.3 (7) wie folgt zu ändern:  
(7) Eine Ämterkumulation ist nur in den Fällen zulässig, in denen die Mitgliederversammlung der Gliederung dies für den konkreten Einzelfall explizit beschließt.

- 32 Ja-Stimmen
- 5 Nein-Stimmen
- 6 Enthaltungen
- Quorum: 48 Akkreditierte \* 2/3 = 32
- Ergebnis: angenommen

#### 2014.4/001

##### Wortlaut:

Der 2. Satz in Satzung §4.2 (2a) wird ersatzlos gestrichen.

vorher: Die genaue Anzahl der Vorstandsmitglieder und weitere Ämter werden durch den LPT festgelegt. Die endgültige Anzahl der Vorstandsmitglieder muss ungerade sein.

nachher: Die genaue Anzahl der Vorstandsmitglieder und weitere Ämter werden durch den LPT festgelegt.

Auf die zwingende Festlegung einer ungeraden Anzahl an Vorstandsmitgliedern wird verzichtet.

- 34 Ja-Stimmen
- ? Nein-Stimmen
- ? Enthaltungen
- Quorum (Neuauszählung): 53 Akkreditierte \* 2/3 = 35
- Ergebnis: abgelehnt

#### 2014.4/002

##### Wortlaut:

Die Versammlung beschließt, §5.6 Absatz 9 Landessatzung ersatzlos zu streichen.

- 29 Ja-Stimmen
- ? Nein-Stimmen
- ? Enthaltungen
- Quorum (Neuauszählung): 49 Akkreditierte \* 2/3 = 33
- Ergebnis: abgelehnt

#### 2014.4/004

##### Wortlaut:

Die Versammlung möge beschließen, die Landessatzung um folgenden §4.6 zu ergänzen:

#### §4.6 Arbeitsgemeinschaften

- (1) Arbeitsgemeinschaften sind Zusammenschlüsse von Piraten, die der Bearbeitung eines politischen oder organisatorischen Themenbereichs dienen.
- (2) Ihre Gründung bedarf mindestens dreier Piraten. Die Gründung ist dem Landesvorstand anzuzeigen, sie bedarf keiner Genehmigung.
- (3) Bei offiziellen Stellungnahmen im Landesverband soll die Arbeitsgemeinschaft, welche den betroffenen Themenbereich behandelt, hinsichtlich Inhalt und Zitaten beteiligt werden. Sind Themenbereiche mehrerer Arbeitsgemeinschaften betroffen, so verständigen sich die Arbeitsgemeinschaften untereinander über die Vorgehensweise.

- ? Ja-Stimmen
- ? Nein-Stimmen
- ? Enthaltungen
- Quorum: 33
- Ergebnis: abgelehnt

Damit entfällt die Behandlung von 2014.4/005

#### 2014.4/006

##### Wortlaut:

Die Versammlung möge folgende Satzungsänderungen beschließen:

Dem § 2.3 wird ein Absatz angefügt mit folgendem Wortlaut:

"jeder Pirat ist verpflichtet, unverzüglich eine Änderung seiner Anschrift und seiner Email-Adresse, falls er diese zur Kommunikation angegeben hat, der Verwaltung mitzuteilen."

Dem § 5.1 Abs. 4 wird ein Wort hinzugefügt, sowie ein Satz angefügt wie folgt:

"Die Einladung erfolgt vorrangig per E-Mail, nachrangig per Brief. Die Vorrangigkeit nach Satz 1 wird durch den nachweisbaren Wunsch des Piraten, per Brief eingeladen zu werden aufgehoben. Bei unzustellbaren Briefsendungen erfolgen nach dem zweiten erfolglosen Zustellungsversuch bis zur Rückmeldung des Mitglieds keine weiteren postalischen Einladungen".

Der alte Text lautet:

"Die Einladung erfolgt vorrangig per E-Mail, nachrangig per Brief. Die Vorrangigkeit nach Satz 1 wird durch den Wunsch des Piraten, per Brief eingeladen zu werden aufgehoben."

- 46 Ja-Stimmen
- ? Nein-Stimmen
- ? Enthaltungen
- Quorum: 33
- Ergebnis: angenommen

#### 2014.4/008

##### Wortlaut:

Die LMV möge beschließen den §9 der Landessatzung wie folgt zu ändern:

Neue Fassung:

"§9 [Ordnungsmaßnahmen]

Die Regelungen zu den Ordnungsmaßnahmen, die in der Bundessatzung getroffen werden, gelten entsprechend auch auf Landesebene. Verwarnungen, Verweise und die Aberkennung der Fähigkeit ein Parteiamt zu bekleiden, werden jedoch nicht angeordnet."

Bisherige Fassung:

"§9 [Ordnungsmaßnahmen]

(1) Verstößt ein Landespirat gegen die Satzung, oder gegen Grundsätze, oder Ordnung, oder politischen Ziele der Partei, so können die Ordnungsmaßnahmen der Satzungen der Partei in Kraft treten. Antragsberechtigt sind alle Organe der Partei.

(2) Ein Landespirat kann nur dann ausgeschlossen werden, wenn er vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen die Grundsätze oder die Ordnung der Partei verstößt und der Partei damit schweren Schaden zufügt.

(3) Die in Abs. 1 genannten Ordnungsmaßnahmen werden vom LVOR angeordnet. Der Vorstand muss dem Landespiraten den Beschluss der Ordnungsmaßnahme in Textform unter Angabe von Gründen mitteilen und ihm auf Verlangen eine Anhörung gewähren.

(4) Gegen eine Ordnungsmaßnahme des Vorstandes ist eine Anrufung des LSG zulässig. Handelt es

sich um einen Ausschluss, wird er erst nach Beschluss des LSG rechtskräftig.

(5) Die parlamentarischen Gruppen der Partei sind gehalten, einen rechtskräftig ausgeschlossenen oder einen ausgetretenen Landespiraten aus ihrer Gruppe auszuschließen.

(6) Gliederungen können nur auf Beschluss der LMV aufgelöst werden. Dagegen kann beim Landesschiedsgericht Einspruch eingereicht werden."

- 9 Ja-Stimmen
- ? Nein-Stimmen
- ? Enthaltungen
- Quorum: 33
- Nach einem deutlich negativen Meinungsbild wurde der Antrag zurückgezogen, aber von einem anderen Piraten übernommen.
- Ein Meinungsbild, ob der Antrag in modifizierter Form (ohne den zweiten Satz) bei der nächsten LMV zustimmungsfähig wäre, fiel stark positiv aus.
- Ergebnis: abgelehnt

#### **2014.4/010**

##### **Wortlaut:**

Die LMV möge beschließen, daß der Satz: "Antragsberechtigt sind alle Organe der Partei" aus dem §9 (1) zu streichen.

- 18 Ja-Stimmen
- ? Nein-Stimmen
- ? Enthaltungen
- Quorum: 33
- Ergebnis: abgelehnt

#### **2014.4/011**

##### **Wortlaut:**

Die Versammlung beschließt nachfolgende Änderungen der Landessatzung:

In §4.1 Abs. 2 Ziffer 1 Nr. e wird Satz 2 gestrichen. (Anm.: de facto ist es eine Verschiebung in den unten neu geschaffenen Absatz)

alt: „[Die Aufgaben der LMV sind:] e) die Beschlussfassung über die Landesliste bzw. die Bezirkslisten für die Wahl zum Bundestag und Landtag. Sind bei einer Wahl Bezirkslisten zugelassen, entscheidet der LPT darüber, ob solche anstatt einer Landesliste aufgestellt werden,“

neu: „[Die Aufgaben der LMV sind:] e) die Beschlussfassung über die Landesliste bzw. die Bezirkslisten für die Wahl zum Bundestag und Landtag,“

In §6.1 wird in fortlaufender Nummerierung folgender Absatz hinzugefügt:

„Sind zu einer Wahl Landes- und Bezirkslisten zulässig, so entscheidet der Landesparteitag vor der Aufstellung von Wahlbewerbern zu dieser Wahl auf Antrag, ob Wahlbewerber in Bezirkslisten statt in einer Landesliste aufgestellt werden. Ein Antrag auf Aufstellung einer Bezirksliste muss vor dem erstmöglichen Tag zur Aufstellung von Wahlbewerbern ergehen. Über den Antrag soll nicht vor dem endgültigen Beschluss der staatlichen Organe über die Einteilung in Wahlbezirke entschieden werden. Ergeht kein Antrag auf Aufstellung von Bezirkslisten, so wird eine Landesliste aufgestellt.“

- 6 Ja-Stimmen
- ? Nein-Stimmen
- ? Enthaltungen
- Quorum (Neuauszählung): 42 Akkreditierte \* 2/3 = 28
- Ergebnis: abgelehnt

### **Grundsatzprogrammanträge**

#### **2014.2/002 in Konkurrenz zu 2014.2/003**

##### **Wortlaut 2014.2/002:**

Nachfolgende Bezeichnungen der Punkte beziehen sich auf folgende Links mit dem Stand 13. März 2014:

Grundsatzprogramm  
Wahlprogramm

- Folgende Punkte werden ersatzlos aus dem **Wahlprogramm** gestrichen:
  - Nummer 6 inklusive aller Unterpunkte
  - Nummer 7 inklusive aller Unterpunkte
  - Nummer 8 inklusive aller Unterpunkte
  - Nummer 9 inklusive aller Unterpunkte
  - Nummer 11 inklusive aller Unterpunkte
  - Nummer 12 inklusive aller Unterpunkte
  - Nummer 13 inklusive aller Unterpunkte
  - Nummer 14 inklusive aller Unterpunkte
  - Nummer 15 inklusive aller Unterpunkte
  - Nummer 16 inklusive aller Unterpunkte
  - Nummer 17 inklusive aller Unterpunkte
  - Nummer 18 inklusive aller Unterpunkte
  - Nummer 19 inklusive aller Unterpunkte
  - Nummer 20 inklusive aller Unterpunkte
  - Nummer 21 inklusive aller Unterpunkte

Weiterhin gestrichen wird:

- 'Sonstiges'
- 'Nachwort'
- Aus dem **Grundsatzprogramm** werden folgende Punkte ersatzlos gestrichen:
  - Nummer 8 inklusive aller Unterpunkte
  - Nummer 9 inklusive aller Unterpunkte
  - Nummer 12 inklusive aller Unterpunkte
  - Nummer 13 inklusive aller Unterpunkte
  - Nummer 14 inklusive aller Unterpunkte

**Wortlaut 2014.2/003**

Analog zu 2014.2/002 mit dem Nachsatz: "Über sämtliche Streichungen wird modular abgestimmt."

- Antrag 2014.2/003 wird übernommen, da der Antragsteller nicht mehr antragsberechtigt ist
- Ein Meinungsbild, ob überhaupt Punkte aus dem Grundsatzprogramm gestrichen werden sollen, fällt extrem negativ aus.
- Die Versammlung beschließt, dass Antrag 2014.2/002 abgestimmt werden soll. 2014.2/003 ist damit abgelehnt.
  - ? Ja-Stimmen
  - ? Nein-Stimmen
  - ? Enthaltungen
  - Quorum: 28
  - Ergebnis: abgelehnt

**2014.4/003**

**Wortlaut:**

Hinter dem Kapitel "Energiepolitik" im Grundsatzprogramm wird ein neues Kapitel "Abschaffung des Verfassungsschutzes" mit folgendem Text eingefügt:

"Wir Piraten sehen es sehr kritisch, dass in einer Demokratie Behörden existieren, die intransparent und mit nur mangelnder demokratischer Kontrolle die Bevölkerung ausspionieren. Wir fordern daher die ersatzlose Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz. Die finanziellen Mittel, die bisher für die Unterhaltung des Landesverfassungsschutzes eingesetzt werden, sollen stattdessen in die politische Bildung gesteckt werden.

Darüber hinaus begrüßen wir jede Initiative auf Bundesebene, um das Wirken der Geheimdienste einzuschränken, so weit es die Privatsphäre und Lebensbereiche der eigenen Bevölkerung betrifft. Wir fordern eine umfassende Aufklärung und eine wirksame parlamentarische Kontrolle der Arbeit der Geheimdienste in Rheinland-Pfalz. Für jegliche Tätigkeit der Geheimdienste müssen künftig klare Regeln weitestgehender Transparenz festgelegt werden."

Das Kapitel "Ablehnung von Extremismusbegriff und Extremismusklausel" wird diesem neuen Kapitel als Unterkapitel angefügt.

- 32 Ja-Stimmen
- 3 Nein-Stimmen
- 7 Enthaltungen
- Quorum: 28
- Ergebnis: angenommen

## **Wahlprogrammantrag**

2014.4/012

### **Wortlaut:**

- Der Abschnitt "Höchste demokratische Standards für Deutschland" im Kapitel "Informationsfreiheit im 21. Jahrhundert - Offene Daten für mündige Bürger!" wird gestrichen.
- Der Abschnitt "Keine Bevormundung, geschützte Publikative" des bisherigen Kapitels "Modernisierung der Demokratie" wird dem Kapitel "Privatsphäre, Datenschutz und Bürgerrechte - Grundpfeiler der freiheitlichen Informationsgesellschaft" als letzter Abschnitt angefügt.
- Das Kapitel "Modernisierung der Demokratie" wird vollständig durch das folgende Kapitel "**Mehr Demokratie einfordern!**" ersetzt.

Die Digitalisierung sorgt dafür, dass es immer leichter wird, Informationen zu durchsuchen und für alle zugänglich zu machen. Neue und vorher undenkbare Lösungsansätze für die Verteilung von Macht im Staat können möglich werden. Die digitale Revolution ermöglicht der Menschheit eine Weiterentwicklung der Demokratie, bei der die Grundrechte, vor allem die Meinungsfreiheit sowie die Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen, gestärkt werden können.

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, die gelebte Demokratie an die neuen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts anzupassen. Unser Ziel ist es, jedem Menschen die Möglichkeit zu geben, sich an der Politik zu beteiligen. Nur so kann erreicht werden, dass Entscheidungen von einer breiten Mehrheit akzeptiert werden und die Interessen der Bevölkerung in der Politik ausreichend berücksichtigt werden. Die bisherigen Möglichkeiten der Demokratie sind unserer Ansicht nach nicht ausreichend, um dieses Ziel zu erreichen.

### **Mehr Demokratie beim Wählen Demokratie für Alle!**

Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst jeder durch seine Stimme Einfluss auf die politische Zukunft unseres Landes nehmen kann.

Bisher sind nur EU-Bürger bei Kommunalwahlen wahlberechtigt. Wir wollen, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit bei Kommunal- und Landtagswahlen wählen dürfen. Die einzige Voraussetzung soll sein, mindestens drei Monate in der Gemeinde bzw. in unserem Bundesland zu leben.

### **Jugendliche beteiligen!**

Jedes Mindestalter für Wahlen ist reine Willkür. Das Mindestalter für Wahlen wollen wir daher abschaffen. Stattdessen muss jeder Wähler sich vor der ersten Wahlteilnahme selbstständig in das Wählerverzeichnis eintragen. Ein Familienwahlrecht, in dem die Eltern stellvertretend für ihre Kinder wählen, lehnen wir ab. Dadurch sehen wir nicht die Interessen junger Menschen, sondern nur die der Eltern gestärkt. Durch die Abschaffung des Wahlalters wollen wir dafür sorgen, dass die Politik sich in ihren Entscheidungen stärker auf die Nachhaltigkeit für die nachfolgenden Generationen konzentriert. Außerdem wird ein Wahlrecht für Kinder und Jugendliche dafür sorgen, dass sich junge Menschen schon früh in die Politik einbringen und Interesse für die Demokratie entwickeln.

Dies wollen wir durch die Einrichtung von kommunalen Jugendparlamenten unterstützen. Die Jugendparlamente wollen wir mit einem Antragsrecht im Gemeinde- bzw. Stadtrat sowie mit einem eigenen Budget ausstatten. Vertreter der Jugendparlamente sollen im Gemeinde- oder Stadtrat ein Rederecht erhalten.

Ergänzt werden diese Vorhaben durch eine Reform der politischen Bildung. Kinder und Jugendliche müssen zusätzlich zum Politikunterricht frühestmöglich an demokratische Entscheidungsverfahren herangeführt werden und selbst mitbestimmen können. Schulen müssen in demokratische

Bildungseinrichtungen verwandelt werden, in denen Schüler gleichberechtigt mit Eltern und Lehrern entscheiden. Nur so können Kinder und Jugendliche Demokratie erfahren und politisches Interesse und Gespür für politische Teilhabe entwickeln.

### **Parteiendruck verringern!**

Wir setzen uns für mehr Freiheit und Unabhängigkeit des einzelnen Abgeordneten im Parlament ein. Um den Parteiendruck zu verringern, muss der Einfluss der Wähler auf die personelle Zusammensetzung des Landtags gestärkt werden. Daher wollen wir auch für Landtagswahlen die Möglichkeit schaffen, Kandidaten verschiedener Parteien zu wählen oder einzelne Kandidaten zu stärken (panaschieren und kumulieren), wie es bereits bei Kommunalwahlen möglich ist.

### **Briefwahl begrenzen!**

Bereits 1981 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die Briefwahl problematisch im Hinblick auf die Grundsätze der freien und der geheimen Wahl ist. Damals wurden Briefwahlunterlagen aber nur in begründeten Fällen ausgestellt, sodass die Briefwahl trotzdem akzeptiert wurde. Mittlerweile ist die Zahl der Briefwähler jedoch stark gestiegen. Wir möchten daher die Möglichkeit der Briefwahl auf ein absolutes Minimum beschränken.

Mobile Wahllokale, die z. B. bereits in kleineren Pflegeeinrichtungen eingesetzt werden, sollen zukünftig auch Menschen mit einbeziehen, die zuhause gepflegt werden. Für Personen, die am Wahltag verhindert sind, soll es ermöglicht werden, ausnahmsweise vor dem eigentlichen Wahltermin in eigenen Wahllokalen zu wählen.

### **Sperrklausel abschaffen!**

Bislang braucht eine Partei mindestens 5 % der Stimmen, um Vertreter in den Landtag entsenden zu können. Auf kommunaler Ebene gibt es eine solche Sperrklausel nicht, auch für die Europawahl gibt es sie mittlerweile nicht mehr. Wir wollen die Fünfprozenthürde auch auf Landesebene abschaffen! Dadurch werden auch die Anhänger kleinerer Parteien in der Landespolitik berücksichtigt und neue Ideen in den Landtag gebracht.

### **Mitbestimmung zwischen den Wahlen**

#### **Petitionsrecht stärken**

Jeder hat das Recht, sich mit Beschwerden oder Anregungen an das Parlament zu wenden. Wir wollen, dass dieses Recht verstärkt genutzt wird: Nach Vorbild des Portals "ePetitionen" des Bundestags wollen wir auch für den Landtag Rheinland-Pfalz eine Website einrichten, auf der Petitionen öffentlich eingereicht, diskutiert und unterstützt werden können. Sitzungen des Petitionsausschusses müssen immer öffentlich sein.

Auf kommunaler Ebene wollen wir Plattformen erstellen, auf denen jeder Anregungen an die Kommunalverwaltung und die Stadt- bzw. Gemeinderäte richten kann.

#### **Mitarbeit schafft Demokratie**

Wir wollen die Möglichkeiten der deliberativen Demokratie, also die Beteiligung der Bürger in der Erarbeitungsphase von Gesetzen, in Rheinland-Pfalz verstärkt nutzen. Das Veranlassen von Bürgerkongressen, die Einrichtung von Bürger-Arbeitsgruppen und die Nutzung elektronischer Beteiligungsmöglichkeiten über das Internet darf keine Ausnahme sein, sondern muss bei wichtigen Gesetzen und Vorhaben zur Regel werden. Betroffene und Interessierte müssen bereits frühzeitig in die Planung und den Entwurf von Gesetzesvorschlägen mit einbezogen werden.

#### **Volksabstimmungen möglich machen**

Bisher wurde in Rheinland-Pfalz noch nie ein landesweiter Volksentscheid durchgeführt. Wir wollen daher die Hürden dafür senken:

Die Sammelfrist für Unterschriften wird von bisher zwei auf künftig sechs Monate verlängert, die Zahl der notwendigen Unterschriften wollen wir von jetzt 300.000 auf 100.000 verringern. Die Unterschriften müssen bisher auf der Gemeindeverwaltung abgegeben werden, diese Hürde wollen wir abschaffen und durch eine freie Unterschriftensammlung ersetzen. Außerdem fordern wir, dass Volksinitiativen und Volksbegehren im Landtag in jedem Fall öffentlich behandelt werden müssen.

Bei Volksentscheiden wollen wir anstelle der Mindestbeteiligung (Beteiligungsquorum) eine Mindestzustimmung (Zustimmungsquorum) einführen, um zu verhindern, dass Gegner eines Vorschlags zum Boykott der Abstimmung aufrufen. Da über unsere Landesverfassung 1948 in einer Volksabstimmung entschieden wurde, wollen wir künftig für alle Verfassungsänderungen verpflichtend eine Volksabstimmung durchführen.

Auch auf kommunaler Ebene wollen wir das Zustandekommen eines Bürgerentscheids vereinfachen.



Die dafür nötige Unterschriftenzahl wollen wir von jetzt 10 % auf 5 % der Wahlberechtigten halbieren. Die in manchen Fällen vorgesehene Frist für das Sammeln der Unterschriften wollen wir von jetzt vier Monaten auf sechs Monate verlängern. Die Liste der Themen, bei denen ein Bürgerentscheid nicht zulässig ist, wollen wir kürzen. Kommt es zu einem Bürgerentscheid, wollen wir das Zustimmungsquorum abschaffen oder zumindest verringern.

### **Bürgerhaushalt statt Hinterzimmerpolitik**

Wir setzen uns für die Schaffung von Bürgerhaushalten in allen Kommunen ein. Der dadurch verwaltete Etat soll schrittweise ansteigen, Kritiker erhalten so die Möglichkeit, den Erfolg des Projekts zu erleben oder aber ein Scheitern darzulegen und zu klassischen Haushaltsformen zurückzukehren.

Bei der Realisierung des Bürgerhaushalts sind folgende Anforderungen zu beachten:

- Die Ergebnisse des Bürgerhaushalts werden per Bürgerentscheid beschlossen und sind verbindlich.
- Ein eventuell eingerichtetes Begleitgremium darf nicht mit Funktionären aus den Reihen der Politik oder Verwaltung besetzt werden.
- Der Erfolg darf nicht ausschließlich von der Beteiligungsquote abhängig gemacht werden.
- Es dürfen nicht nur Sparvorschläge zugelassen werden, da dies die Bürgerbeteiligung unnötig einschränkt. Die Budgetplanung muss einfach vermittelt werden, sodass jeder Interessierte den Bürgerhaushalt versteht und ohne besondere Vorkenntnisse Vorschläge machen kann.
- Die allgemeinen Wahlgrundsätze müssen eingehalten werden.
- Wir bevorzugen eine hybride Mischung aus On- und Offlineverfahren. Die Website sowie alle Dokumente müssen möglichst einfach und leicht verständlich aufbereitet werden. Alle Entscheidungen sollen barrierefrei für jeden zugänglich sein.
- Der Bürgerhaushalt muss der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden und Aktionen zu dessen Verbreitung müssen gefördert werden.
- Nach der Online-Phase müssen die Vorschläge öffentlich diskutiert und per Bürgerentscheid abgestimmt werden, anstatt nur von politischen Fachgremien diskutiert und entschieden zu werden.

Auf Landesebene werden wir dafür sorgen, dass die nötigen Weichen gestellt werden, um einen solchen Bürgerhaushalt zu realisieren.

- ? Ja-Stimmen
- ? Nein-Stimmen
- ? Enthaltungen
- einfache Mehrheit
- Ergebnis: angenommen

### **Sonstiger Antrag**

2014.4/007

#### **Wortlaut:**

Die Landesmitgliederversammlung beschließt:

für die Landtagswahl im Jahre 2016 wird eine Landesliste aufgestellt.

- ? Ja-Stimmen
- ? Nein-Stimmen
- 2 Enthaltungen
- Quorum: einfache Mehrheit
- Ergebnis: angenommen

### **Wahlprotokoll**

Es wurde eine Redzeitbegrenzung von 10 Minuten für die Vorstellung und von 2 Minuten für die Beantwortung von Fragen beschlossen.

Alle Wahlen waren geheim.

### **Nachwahl des Stellvertretenden Vorsitzenden**

Kandidatin: Marie Salm

**Ergebnis**

Ja	Nein	Enthaltung	Ungültig
40	5	2	0

Ergebnis: Marie ist gewählt und nimmt die Wahl an.

Die Mitgliederversammlung genehmigt Marie Salm in offener Abstimmung bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen die Weiterführung ihres Amtes als Vorsitzende im Kreisverband Koblenz.

**Nachwahl des Politischen Geschäftsführers**

Kandidaten: Britta Werner, Jürgen Grothof

**Ergebnis Britta**

Ja	Nein	Enthaltung	Ungültig
21	22	4	0

**Ergebnis Jürgen**

Ja	Nein	Enthaltung	Ungültig
29	14	5	0

Ergebnis: Jürgen ist gewählt und nimmt die Wahl an. Er tritt als Beisitzer des Landesvorstandes Rheinland-Pfalz zurück.

**Nachwahl der Beisitzer**

Kandidaten: Britta Werner, Peter Böhm

**Ergebnis Britta**

Ja	Nein	Enthaltung	Ungültig
26	17	6	0

**Ergebnis Peter**

Ja	Nein	Enthaltung	Ungültig
33	10	6	0

Beide sind gewählt und nehmen die Wahl an. Britta tritt von ihrem Amt im Landesschiedsgericht zurück.

Für die Richtigkeit:



Sebastian Degenhardt  
Protokollführer



Xander Dorn  
Protokollführer